

# Weitergewährungsantrag von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)



- Eingangsstempel -

- ab dem Monat der Antragstellung
  1 Monat rückwirkend  
 (  Angaben unter Nr. 16 erforderlich)

An  
Landratsamt Passau  
-Kreisjugendamt-  
Passauer Str. 39  
94121 Salzweg

**Bitte dazugehöriges Merkblatt sorgfältig durchlesen.**

**Antrag und Fragebogen deutlich lesbar ausfüllen und unterschreiben.** Bitte **alle Fragen** mit  ja oder  nein **beantworten**, bzw. Zutreffendes ankreuzen  oder ausfüllen. Falls eine der erforderlichen Angaben nicht gemacht werden kann, ist „**unbekannt**“ einzutragen. In **Zweifelsfällen** oder bei **Fragen** ist Ihnen die zuständige Unterhaltsvorschussstelle gerne behilflich. Die von Ihnen erbetenen Angaben sind für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich. Wer Unterhaltsvorschussleistungen beantragt ist verpflichtet, alle Auskünfte die zur Durchführung des UVG erforderlich sind zu erteilen und an der Feststellung der Vaterschaft und des Aufenthalts des anderen Elternteils mitzuwirken (§ 1 Abs. 3 UVG) sowie die verlangten Nachweise vorzulegen (§ 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch - SGB I). Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt nur im notwendigen Umfang und im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DSGVO), des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (UVG) und des Sozialgesetzbuchs erhoben.

1 Die Leistungen werden beantragt für das Kind		▶ Geburts- bzw. Abstammungsurkunde oder Familienbuchauszug beifügen	
<b>A</b>	Familienname		Ggf. abweichender Geburtsname
	Vornamen (bitte Rufnamen unterstreichen)		Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers
	Geburtsdatum	Geburtsort (Gemeinde)	Staatsangehörigkeit
	Straße, Hausnummer		PLZ, Wohnort <span style="float: right;">▶ Meldebestätigung beifügen</span>
<b>B</b>	Das Kind lebt seit _____		
	<input type="checkbox"/> bei seiner Mutter <input type="checkbox"/> in einem Heim/Internat <input type="checkbox"/> bei _____ <input type="checkbox"/> bei seinem Vater <input type="checkbox"/> in einer Pflegestelle <input type="checkbox"/> tagsüber <input type="checkbox"/> Tag u. Nacht		
Bei Zuzug: vorherige Anschrift des Kindes _____ dort wohnhaft bis: _____			
<b>C</b>	Wird das Kind regelmäßig auch vom anderen Elternteil betreut? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (bitte wöchentliche Betreuungszeit angeben),		
<b>D</b>	<b>Bei Kindern mit ausländischer oder ohne Staatsangehörigkeit:</b>		
	Das Kind lebt im Bundesgebiet seit _____		
	Eine Niederlassungserlaubnis wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____		
	Eine Aufenthaltserlaubnis, die zur Erwerbstätigkeit berechtigt oder berechtigt hat, wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____		
	Sonstiger Aufenthaltstitel wurde erteilt: (z.B. Blaue Karte EU, ICT-Karte, Mobiler-ICT-Karte) <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____ Art: _____		
Eine Beschäftigungsduldung wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____ <span style="float: right;">▶ Nachweis beifügen</span>			
<b>E</b>	Falls Spätaussiedler/in: Anerkennung beantragt am _____ bei _____ ▶ Vertriebenenausweis/Bescheinigung nach § 15 BVFG stets beifügen; sofern noch nicht erteilt: Registrierschein oder Aufnahmebescheid		

2 Gesetzlicher Vertreter des Kindes ist		(► Sorgeerklärung oder Gerichtsentscheidung beifügen)
	<input type="checkbox"/> die Mutter <input type="checkbox"/> der Vater <input type="checkbox"/> die Eltern gemeinsam <small style="margin-left: 100px;">Name, Anschrift</small>	
	<input type="checkbox"/> der Vormund	

3 Bei Kindern, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind oder waren	
<b>A</b>	<input type="checkbox"/> Die Vaterschaft wurde anerkannt oder festgestellt mit Urkunde oder Urteil vom _____ <small style="margin-left: 100px;">Gericht, Behörde, Aktenzeichen</small> <span style="float: right;">► Urkunde oder Urteil beifügen</span>
<b>B</b>	<input type="checkbox"/> Ein Vaterschaftsfeststellungsverfahren läuft bei _____ <small style="margin-left: 100px;">Gericht, Behörde, Aktenzeichen</small>
<b>C</b>	<input type="checkbox"/> Vaterschaft ist nicht feststellbar, weil _____
<b>D</b>	<input type="checkbox"/> Beistandschaft besteht bei _____ <small style="margin-left: 100px;">Behörde, Aktenzeichen</small> Falls eine Beistandschaft besteht (Angabe optional): Ich bin einverstanden, dass der Beistand der Unterhaltsvorschussstelle unmittelbar Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, oder über die Erklärungen abgegeben worden sind, mitteilt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

4 Für das Kind wird gezahlt	
<b>A</b>	Kindergeld <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt
<b>B</b>	eine andere kindergeldähnliche Leistung <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt bei
<b>C</b>	Das Kindergeld/Die kindergeldähnliche Leistung erhält <input type="checkbox"/> der Elternteil, bei dem das Kind lebt <input type="checkbox"/> der Elternteil, bei dem das Kind <u>nicht</u> lebt <small style="margin-left: 100px;">Name, Anschrift</small> <input type="checkbox"/> ein Dritter, nämlich _____

5 Für das Kind wurden bereits Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gewährt oder beantragt	
<b>A</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, vom Jugendamt _____ <small style="margin-left: 100px;">Jugendamt</small> für die Zeit vom _____ bis _____ <small style="margin-left: 100px;">Jugendamt</small> für die Zeit vom _____ bis _____ <small style="margin-left: 100px;">Jugendamt</small> für die Zeit vom _____ bis _____ <span style="float: right;">► Bewilligungs-/Einstellungsbescheid beifügen</span>
<b>B</b>	Wurde bereits ein Antrag auf Unterhaltsvorschussleistungen gestellt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, beim Jugendamt _____ am _____ <small style="margin-left: 100px;">Dieser Antrag wurde</small> <input type="checkbox"/> zurückgenommen <input type="checkbox"/> noch nicht verbeschieden <input type="checkbox"/> abgelehnt.

6 Das Kind erhält		► Nachweis beifügen
<b>A</b>	Leistungen nach dem SGB II <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt	Jobcenter <small>Name, Anschrift, Aktenzeichen</small>
<b>B</b>	Sozialhilfe nach dem SGB XII <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt	Sozialamt / Amt für Soziales
<b>C</b>	Leistungen der Jugendhilfe <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt	Jugendamt
<b>D</b>	Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz oder sonstige Leistungen zur Deckung des Unterhalts <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> beantragt	Zuständige Stelle

7 Ein Eltern- oder Stiefelternteil ist verstorben	
<b>A</b>	Sterbedatum: <span style="float: right;">▶ Sterbeurkunde beifügen</span>
<b>B</b>	Das Kind erhält Waisenbezüge aus der Versicherung des verstorbenen Eltern- bzw. Stiefelternteils oder Schadenersatzleistungen <span style="float: right;">▶ Nachweis beifügen</span> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span>Rentenversicherungsträger</span> <span>in Höhe von monatlich</span> <span>seit</span> </div> <input type="checkbox"/> ja, von _____ €
	<input type="checkbox"/> Einmalige Abfindung in Höhe von _____ € für die Zeit vom _____ bis _____
<b>C</b>	<input type="checkbox"/> nein, Antrag wurde abgelehnt. <span style="float: right;">▶ Bescheid beifügen</span>
<b>D</b>	<input type="checkbox"/> Derartige Leistung wurde bei _____ beantragt, aber noch kein Bescheid erteilt.

8 Elternteil, bei dem das Kind lebt	
<b>A</b>	Familienname (ggf. auch mit Ehenamen gebildeter Doppelname) <span style="float: right;">Ggf. abweichender Geburtsname</span>
	Vornamen (bitte Rufnamen unterstreichen)
	Geburtsdatum <span style="margin-left: 20px;">Geburtsort (Gemeinde)</span> <span style="float: right;">Staatsangehörigkeit</span>
	Straße, Hausnummer <span style="float: right;">▶ Meldebestätigung beifügen</span>
	PLZ, Wohnort <span style="margin-left: 20px;">Telefon/Handy</span>
<b>B</b>	<p><b>Falls Elternteil mit ausländischer oder ohne Staatsangehörigkeit:</b></p> <p>Der Elternteil lebt im Bundesgebiet seit _____</p> <p>Eine Niederlassungserlaubnis wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____</p> <p>Eine Aufenthaltserlaubnis, die zur Erwerbstätigkeit berechtigt oder berechtigt hat, wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____ <span style="float: right;">▶ Nachweis beifügen</span></p> <p>Sonstiger Aufenthaltstitel wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____ (z.B. Blaue Karte EU, ICT-Karte, Mobiler-ICT-Karte) <span style="float: right;">Art: _____</span></p> <p>Eine Beschäftigungsduldung wurde erteilt: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, erteilt am _____</p>
<b>C</b>	Als Angehörige/r der NATO-Streitkräfte oder des zivilen Gefolges im Bundesgebiet stationiert? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<b>D</b>	Falls Spätaussiedler/in: Anerkennung beantragt am _____ bei _____ ▶ Vertriebenenausweis/Bescheinigung nach § 15 BVFG stets beifügen; sofern noch nicht erteilt: Registrarschein oder Aufnahmebescheid

<b>E</b>	<b>Familienstand</b>	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet * <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> dauernd getrennt lebend vom <input type="checkbox"/> Ehegatten Name, Vorname, Geburtsdatum	* Jede im Inland od. Ausland geschlossene Ehe/Lebenspartnerschaft ist anzugeben <input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft zusammen lebend * <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> anderen Elternteil <input type="checkbox"/> eingetragenen Lebenspartner ► <b>Scheidungsurteil, Sterbeurkunde, sonstige Nachweise beifügen</b>
	seit _____		
	seit _____		
	<input type="checkbox"/> Antrag auf _____ Gericht, Az. <input type="checkbox"/> Ehescheidung <input type="checkbox"/> Auflösung der eingetragenen Lebenspartnerschaft wurde gestellt bei: Bevollmächtigter Rechtsanwalt		
	<input type="checkbox"/> nicht zusammenlebend, weil dieser für voraussichtlich mindestens 6 Monate in einer Anstalt lebt. Grund _____ Name, Anschrift der Anstalt/des Krankenhauses <input type="checkbox"/> Krankenhausaufenthalt <input type="checkbox"/> Inhaftierung		
	<input type="checkbox"/> sonstiger Grund:		
	<b>Lohnsteuerklasse</b> Sind Sie zur Lohnsteuer veranlagt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, bitte kreuzen Sie an, welche Steuerklasse besteht:		
		<input type="checkbox"/> I <input type="checkbox"/> II <input type="checkbox"/> III <input type="checkbox"/> IV <input type="checkbox"/> V <input type="checkbox"/> VI	

**Die Nummer 9 ist nur auszufüllen für Kinder zwischen 12 und 17 Jahren, wenn für das Kind Leistungen nach dem SGB II bezogen werden (vgl. Angaben bei Nummer 6)**

**9 Der Elternteil, bei dem das Kind lebt, erhält**

<b>A</b>	<input type="checkbox"/> Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld). ► <b>Zuletzt bekanntgegebenen SGB II-Bescheid beifügen</b>  Falls noch keine Leistungen nach dem SGB II bezogen werden: Wurden Leistungen nach dem SGB II beim Jobcenter beantragt?  <input type="checkbox"/> ja    ► <b>Name, Anschrift des Jobcenters sowie - soweit bekannt - das Aktenzeichen angeben</b>  <input type="checkbox"/> nein
----------	---

**Buchstabe b und c sind nur auszufüllen, wenn vom Elternteil keine Leistungen nach dem SGB II bezogen werden oder beantragt sind:**

<b>B</b>	<input type="checkbox"/> sonstige Sozialleistungen ► <b>Name, Anschrift der zuständigen Stelle sowie – soweit bekannt – das Aktenzeichen angeben und Nachweise beifügen</b>
<b>C</b>	<input type="checkbox"/> eigene Einkünfte (z.B. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung)  <b>Hinweis:</b> Es wird empfohlen, sich bei der Unterhaltsvorschussstelle zu informieren, welche Nachweise beizubringen sind.

**Die Nummern 10 und 11 sind nur auszufüllen, wenn das Kind zwischen 15 und 17 Jahre alt ist**

<b>10 Das Kind besucht eine allgemeinbildende Schule (siehe Erläuterungen am Antragsende)</b>	
<input type="checkbox"/> nein	► <b>Nummer 11 ausfüllen</b>
<input type="checkbox"/> ja, das Abschlusszeugnis wird voraussichtlich erteilt im _____ (Monat) _____ (Jahr)	► <b>Nummer 11 ist <u>nicht</u> auszufüllen</b> ► <b>Schulbescheinigung beifügen</b>

11 Das Kind besucht keine allgemeinbildende Schule und erzielt bzw. erhält	
<b>A</b>	<input type="checkbox"/> eine Ausbildungsvergütung (Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit) <span style="float: right;">▶ Lohn- und Gehaltsbescheinigungen des Arbeitgebers und vollständigen Ausbildungsvertrag beifügen</span>
<b>B</b>	<input type="checkbox"/> sonstige Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (z.B. Arbeitslohn, Minijob) <span style="float: right;">▶ Lohn- und Gehaltsbescheinigungen des Arbeitgebers und Arbeitsvertrag beifügen</span>
<b>C</b>	<input type="checkbox"/> Sonstige Einkünfte aus <input type="checkbox"/> selbständiger Arbeit <input type="checkbox"/> Gewerbebetrieb <input type="checkbox"/> Land- und Forstwirtschaft <input type="checkbox"/> Kapitalvermögen <input type="checkbox"/> Vermietung und Verpachtung <span style="float: right;">▶ Nachweis beifügen</span> <p><b>Hinweis:</b> Es wird empfohlen sich bei der Unterhaltsvorschussstelle zu informieren, welche Nachweise beizubringen sind.</p>
<b>D</b>	<input type="checkbox"/> keine Einkünfte.  Ist eine Ausbildung für das Kind geplant? <input type="checkbox"/> nein  <input type="checkbox"/> ja, voraussichtlicher Ausbildungsbeginn: _____(Monat)_____ (Jahr)

12 Weitere gemeinsame Kinder mit dem Elternteil, bei dem das Kind <u>n i c h t</u> lebt			
	Name, Vorname	Geburtsdatum	Anschrift

13 Elternteil, bei dem das Kind <u>n i c h t</u> lebt																
▶ <b>Zusätzlich zu den Angaben unter Nummer 13 ist der nach Nummer 17 folgende Fragebogen vollständig auszufüllen sowie entsprechende Nachweise beizufügen.</b> ◀																
<b>A</b>	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td colspan="2">Familienname (ggf. auch mit Ehenamen gebildeter Doppelname)</td> <td>Ggf. abweichender Geburtsname</td> </tr> <tr> <td colspan="3">Vornamen (bitte Rufnamen unterstreichen)</td> </tr> <tr> <td>Geburtsdatum</td> <td>Geburtsort (Gemeinde)</td> <td>Staatsangehörigkeit</td> </tr> <tr> <td colspan="3">Straße, Hausnummer</td> </tr> <tr> <td colspan="2">PLZ, Wohnort</td> <td>Telefon/Handy</td> </tr> </table>	Familienname (ggf. auch mit Ehenamen gebildeter Doppelname)		Ggf. abweichender Geburtsname	Vornamen (bitte Rufnamen unterstreichen)			Geburtsdatum	Geburtsort (Gemeinde)	Staatsangehörigkeit	Straße, Hausnummer			PLZ, Wohnort		Telefon/Handy
Familienname (ggf. auch mit Ehenamen gebildeter Doppelname)		Ggf. abweichender Geburtsname														
Vornamen (bitte Rufnamen unterstreichen)																
Geburtsdatum	Geburtsort (Gemeinde)	Staatsangehörigkeit														
Straße, Hausnummer																
PLZ, Wohnort		Telefon/Handy														
<b>B</b>	<b>Familienstand</b> <input type="checkbox"/> ledig seit _____ <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft zusammen lebend seit _____ <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> dauernd getrennt lebend <input type="checkbox"/> verwitwet															
<b>C</b>	Als Angehörige/r der NATO-Streitkräfte oder des zivilen Gefolges im Bundesgebiet stationiert? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja															

14 Monatliche Unterhaltszahlungen des Elternteils, bei dem das Kind <b>n i c h t</b> lebt					
A	Das Kind erhält von dem Elternteil, bei dem es <b>n i c h t</b> lebt <input type="checkbox"/> <b>keinen</b> Unterhalt seit _____ weil _____				
B	<input type="checkbox"/> <b>unregelmäßig</b> Unterhalt	Am _____	am _____	Am _____	am _____
	Höhe der Zahlung	€ _____	€ _____	€ _____	€ _____
C	<input type="checkbox"/> <b>regelmäßig</b> Unterhalt seit _____ in Höhe von mtl. _____ €				
D	<input type="checkbox"/> <b>Vorauszahlungen</b> wurden geleistet i. H. v. _____ € für die Zeit vom _____ bis _____				
E	<input type="checkbox"/> Auf Unterhaltszahlungen wurde <b>verzichtet</b> für die Zeit vom _____ bis _____				
	<input type="checkbox"/> Der andere Elternteil wurde von der Unterhaltspflicht <b>freigestellt</b> für die Zeit vom _____ bis _____				
	Grund: <input type="checkbox"/> gerichtlicher Vergleich <input type="checkbox"/> außergerichtliche Vereinbarung <span style="float: right;">▶ Nachweis beifügen</span>				

15 Der Elternteil, bei dem das Kind <b>n i c h t</b> lebt, wurde durch Gerichtsurteil, -beschluss oder -vergleich oder durch sonstige Urkunde zur Zahlung von Unterhalt an das Kind verpflichtet	
A	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <span style="float: right;">▶ Nachweis beifügen</span>
B	Antrag auf gerichtliche Festsetzung des Unterhalts gegen diesen Elternteil wurde erhoben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, <input type="checkbox"/> bei Gericht <input type="checkbox"/> durch den bevollmächtigten Rechtsanwalt <input type="checkbox"/> durch den Beistand Anschrift, Az. _____

Falls Unterhaltsvorschussleistungen rückwirkend beantragt werden:

16 Wurden für das Kind vor der Antragstellung Bemühungen um Unterhaltszahlungen des Elternteils, bei dem es <b>n i c h t</b> lebt, vorgenommen?	
<input type="checkbox"/> nein, weil _____	
<input type="checkbox"/> ja, am _____	▶ Nachweis beifügen
Art der durchgeführten Maßnahme(n):	
<input type="checkbox"/> Zahlungsaufforderung durch _____	
<input type="checkbox"/> Titel beantragt _____	
<input type="checkbox"/> Pfändung _____	
<input type="checkbox"/> Anzeige wegen Unterhaltspflichtverletzung _____	
<input type="checkbox"/> Sonstiges: _____	

17 Die Unterhaltsvorschussleistungen sollen auf folgendes Konto überwiesen werden	
IBAN (z.B. DE19 1234 1234 1234 1234 12)	
BIC _____	
Geldinstitut und Ort _____	Name der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers _____
Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Unterhaltsvorschussstelle vorgenannte Bankverbindung dem Unterhaltspflichtigen zu gegebener Zeit zum Zwecke der Begleichung des laufenden Unterhalts mitteilen darf.	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	



Selbständige Tätigkeit/Gewerbebetrieb der/des Unterhaltspflichtigen in den <u>letzten drei Jahren</u>				
Name und Anschrift der derzeitigen Firma				
Die Firma existiert seit				
durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen der/des Unterhaltspflichtigen				€
Ist die/der Unterhaltspflichtige Geschäftsführer/-in einer GmbH?		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	
Weitere oder frühere Firmen?		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	
Die Firma	Name, Anschrift			
existierte von		bis	<input type="checkbox"/> laufend	
durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen der/des Unterhaltspflichtigen				€
War die/der Unterhaltspflichtige Geschäftsführer/-in einer GmbH?		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	
Die Firma	Name, Anschrift			
existierte von		bis	<input type="checkbox"/> laufend	
durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen der/des Unterhaltspflichtigen				€
War die/der Unterhaltspflichtige Geschäftsführer/-in einer GmbH?		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	

Sonstige Einkommen der/des Unterhaltspflichtigen				
Nebenverdienst als		bei Firma		mtl. €
Einkommen aus Kapitalvermögen			mtl.	€
Einkommen aus Vermietung und Verpachtung			mtl.	€
Rente von	<input type="checkbox"/> Deutschen Rentenversicherung, ehemals LVA, BfA, BVA, Bundesknappschaft, Seekasse <input type="checkbox"/> Sonstige:		mtl.	€
Name, Anschrift des Rentenversicherungsträgers				
Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft			mtl.	€
Sonstige Einkünfte (z.B. Krankengeld)	Art der Einkunft		mtl.	€
Leistungen des Jobcenters:	Bezeichnung	Az.	mtl.	€

Schulden der/des Unterhaltspflichtigen				
Höhe				€
Grund für die Schulden				
Handelt es sich hierbei um gemeinsame Schulden von Ihnen und der/dem Unterhaltspflichtigen?		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> teilweise
Vereinbarung über Schuldentilgung		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	► bitte Nachweis beifügen
Laufende Pfändungen		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in Höhe von	mtl. €

Vermögen der/des Unterhaltspflichtigen			► sofern bekannt, näher bezeichnen und (Verkehrs-)Wert angeben
Grundvermögen			€
Wohnungseigentum			€
Bausparguthaben			€
Lebensversicherung			€
Bankguthaben/Depot			€
Sonstiges			€

## Erklärung

Die **Unterhaltsvorschussstelle wird von mir unverzüglich unterrichtet, wenn**

- ➔ der alleinerziehende Elternteil heiratet (im In- und/oder Ausland), auch wenn der Ehegatte nicht der Elternteil des Kindes ist und auch wenn noch keine häusliche Gemeinschaft der Eheleute besteht,
- ➔ der alleinerziehende Elternteil mit dem anderen Elternteil zusammen zieht,
- ➔ der alleinerziehende Elternteil eine Lebenspartnerschaft im Ausland begründet,
- ➔ das Kind nicht mehr oder nicht mehr im erforderlichen Umfang beim alleinerziehenden Elternteil lebt,
- ➔ das Kind oder der alleinerziehende Elternteil umzieht oder beide gemeinsam umziehen (auch ins Ausland),
- ➔ sich der Betreuungsumfang des Kindes durch den anderen Elternteil nicht nur geringfügig erhöht,
- ➔ ein weiteres gemeinsames Kind zum anderen Elternteil zieht,
- ➔ der Bedarf des Kindes durch Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gedeckt wird,
- ➔ die Vaterschaft zu dem Kind festgestellt ist,
- ➔ der andere Elternteil durch gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleich von der Unterhaltspflicht freigestellt wird,
- ➔ der andere Elternteil Unterhalt für das Kind zahlt oder wenn Unterhalt für das Kind gepfändet wird,
- ➔ für das Kind ein Unterhaltstitel geschaffen wurde,
- ➔ der bisher unbekannt Aufenthalt des anderen Elternteils bekannt wird,
- ➔ der andere Elternteil den freiwilligen Wehrdienst ableisten wird,
- ➔ für das Kind Halbwaisenrente beantragt oder gewährt wird,
- ➔ das anspruchsberechtigte Kind oder der andere Elternteil verstorben ist,
- ➔ für das Kind kein Kindergeld mehr gezahlt wird,
- ➔ das Kind keine allgemeinbildende Schule mehr besucht,
- ➔ das Kind eine Berufsausbildung beginnt,
- ➔ das Kind keine allgemeinbildende Schule mehr besucht und Änderungen beim Einkommen und Vermögen des Kindes eintreten.

In Kenntnis, dass wahrheitswidrige Angaben bzw. das Verschweigen von entscheidungserheblichen Tatsachen strafrechtlich verfolgt oder mit Bußgeld geahndet werden können und zu Unrecht empfangene Unterhaltsvorschussleistungen ersetzt bzw. erstattet werden müssen, wird versichert, dass die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind.

Die für die Auszahlung der Leistungen nach dem UVG erforderlichen Daten werden auf Datenträger gespeichert. Mit einer Übermittlung der Angaben an die Stellen, die sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben benötigen, erkläre ich mich einverstanden. Das Informationsblatt zu Art. 13 und 14 DSGVO habe ich erhalten.

Das Merkblatt zum Unterhaltsvorschussgesetz und die Mitteilungspflichten habe ich gelesen und verstanden.

Bitte kontrollieren Sie nochmals, ob der Antragsvordruck und der Fragebogen vollständig ausgefüllt sowie alle erforderlichen Unterlagen beigefügt sind.

18

Ort, Datum

Unterschrift

## Erläuterungen zu Nummer 10

Um eine allgemeinbildende Schule in Bayern handelt es sich u.a. bei folgenden Schulen:

- ➔ Mittelschule
- ➔ Realschule
- ➔ Wirtschaftsschule
- ➔ Schulen des Zweiten Bildungsweges (z.B. Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg)
- ➔ Gymnasium
- ➔ Fachoberschule
- ➔ Berufsoberschule
- ➔ Allgemeinbildende Förderschulen

**Beiblatt zum Antrag auf Leistungen nach dem UVG für das Kind \_\_\_\_\_**  
geb. am \_\_\_\_\_

<b>Gemeinde</b>	
<p>Sämtliche Angaben zu den unter Nr. 1, 8 und 13 genannten Personen (Kind, Eltern) stimmen mit den Einträgen im Einwohnermelderegister überein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein, es bestehen folgende Abweichungen:</p>	
<p>Sonstige Bemerkungen:</p>  <p>Datum: _____</p>	
_____ Unterschrift des Gemeindebediensteten	Dienstsiegel

## **Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung (KJA)**

### **Antragstellender Elternteil:**

(bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

---

**Vorname, Name,**

**Straße, Hausnummer, Wohnort**

### **I. Einwilligung**

Rechtsgrundlage zur Verarbeitung meiner Daten sind die §§ 67a ff SGB X sowie die §§ 60ff SGB VIII. Darüber hinausgehend enthält der vorstehende Antrag weitere personenbezogene Daten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse), die ich dem Kreisjugendamt Passau gegenüber freiwillig mitteile.

Hiermit willige ich weiter ein, dass meine personenbezogenen Daten und die meines Kindes, die ich im Rahmen einer Antragstellung zur Gewährung von Leistungen nach dem SGB II, dem SGB VIII, dem SGB XII, dem AsylbLG, dem UhVorschG oder dem Wohngeldgesetz (WoGG) zur Verfügung gestellt habe, zwischen

- dem Sozialamt des Landratsamtes Passau (AsylbLG und SGB XII),
- der Wohngeldstelle des Landratsamtes Passau (WoGG)
- dem Jobcenter Passau Land (Vollzug des SGB II),
- der Wirtschaftliche Jugendhilfe (incl. Kindertagespflege) im Kreisjugendamt Passau (Vollzug des SGB VIII)
- der Unterhaltsvorschussstelle im Kreisjugendamt Passau (UhVorschG) &
- der zuständigen Ausländerbehörde am Landratsamt Passau oder bei der Regierung von Niederbayern (AufenthG)

übermittelt werden dürfen.

### **II. Zweck der Übermittlung/Weitergabe**

Die Weitergabe gem. vorstehender Nummern I. erfolgt unter Beachtung des Grundsatzes der Datensparsamkeit und Datenminimierung jeweils ausschließlich

- zur zügigen Bearbeitung meines Antrags auf Förderung von Kindern in Kindertagespflege, oder
- zur zügigen Bearbeitung meines Antrags auf Erlass des Kostenbeitrages für Kinder in der Kindertagespflege, oder

- zur zügigen Bearbeitung meines Antrags auf Übernahme der Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen, oder
- zur zügigen Prüfung und Gewährung von Leistungen nach dem SGB II, dem SGB VIII, dem SGB XII, dem AsylbLG oder dem WoGG, oder
- zur Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs des Kindes gegen seinen anderen Elternteil bzw. zur Geltendmachung der auf einen Sozialleistungsträger übergegangenen Unterhaltsansprüche, oder
- zur Prüfung und Geltendmachung eines Kostenbeitrags durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (=hier: Kreisjugendamt Passau).
- zur Prüfung des Aufenthaltsstatus gem. § 6 Abs. 2 SGB VIII

### **III. Freiwilligkeit der Einwilligungen und Widerrufsmöglichkeit**

Das Erklären der Einwilligungen geschieht auf freiwilliger Basis.

Insbesondere ist mir bekannt, dass die Gewährung von Sozialleistungen nach dem SGB II, dem SGB VIII, dem SGB XII, dem AsylbLG, dem UhVorschG oder dem WoGG unabhängig von der Abgabe dieser Einwilligungserklärung ist und ich jede Einwilligungserklärung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann.

Der Widerruf kann schriftlich an das Kreisjugendamt Passau, Passauer Str. 39, 94121 Salzweg oder an den Datenschutzbeauftragten des Landratsamtes Passau (Landratsamt Passau, Behördlicher Datenschutzbeauftragter, Domplatz 11, 94032 Passau) gerichtet werden.

Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf stattgefundenen Datenverarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt. Im Falle des Widerrufs richtet sich die weitere Datenverarbeitung dann ausschließlich nach gesetzlichen Vorgaben, insbesondere des SGB I, SGB VIII, SGB X und der DSGVO.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift des  
antragstellenden Elternteils

Stand: 16.11.2023

## Merkblatt zum Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

- Wesentliche Inhalte und wichtige Informationen -

### 1. hat Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz?

Berechtigt nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ist das Kind. Die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Leistungen müssen deshalb in der Person des Kindes erfüllt sein. Ein Kind hat **Anspruch, wenn es**

- a) das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat **und**
- b) im Bundesgebiet bei einem seiner Elternteile lebt,
  - der ledig, verwitwet oder geschieden ist **oder**
  - der von seinem Ehegatten/Lebenspartner dauernd getrennt lebt **und**
- c) nicht oder nicht regelmäßig Unterhalt vom anderen Elternteil oder - wenn der Elternteil oder ein Stiefelternteil verstorben ist – keine Waisenbezüge in der in Nr. 3 genannten Höhe erhält **und**
- d) im Alter von zwölf bis siebzehn Jahren entweder keine Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) bezieht **oder**  
durch die Unterhaltsvorschussleistung Hilfebedürftigkeit vermieden werden kann **oder**  
der alleinerziehende Elternteil über Einkommen von mindestens 600 Euro brutto verfügt.

Nicht freizügigkeitsberechtigter Ausländer haben grundsätzlich nur einen Anspruch, wenn das anspruchsberechtigte Kind oder der alleinstehende Elternteil im Besitz eines Aufenthaltstitels oder einer Beschäftigungsduldung nach Maßgabe des § 1 Absatz 2a Unterhaltsvorschussgesetzes ist.

### 2. Wann besteht kein Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz?

Der Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ist u.a. ausgeschlossen, wenn

- beide Elternteile in häuslicher Gemeinschaft miteinander leben (unabhängig davon, ob sie miteinander verheiratet sind oder nicht) **oder**
- der alleinerziehende Elternteil mit einem Dritten verheiratet \* ist **oder**
- der alleinerziehende Elternteil in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft \* lebt **oder**
- das Kind seinen Lebensmittelpunkt bei beiden Elternteilen hat **oder**
- das Kind nicht von einem Elternteil betreut wird, sondern sich in einem Heim/Internat oder in einer Pflegestelle (Tag und Nacht) befindet **oder**
- der Elternteil, bei dem das Kind lebt, sich weigert, die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie die verlangten Nachweise vorzulegen **oder**
- die Mutter nicht mit dem Vater verheiratet ist und bei der Feststellung der Vaterschaft nicht mitwirkt **oder**
- der andere Elternteil die Unterhaltspflicht durch Vorauszahlung erfüllt hat **oder**
- der andere Elternteil durch gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleich von der Unterhaltspflicht freigestellt ist **oder**
- z. B. von zwei gemeinsamen Kindern je eines bei einem der Elternteile lebt und der jeweilige Elternteil für den Unterhalt des bei ihm lebenden Kindes aufkommt **oder**
- der Bedarf des Kindes durch Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gedeckt ist.

\* Es ist jede – in Deutschland oder im Ausland – geschlossene Ehe (auch Mehrfachehen) oder im Ausland eingegangene Lebenspartnerschaft anzugeben, unabhängig davon, ob sie im deutschen Personenstandsregister eingetragen ist. Die Eheschließung/Lebenspartnerschaft ist auch dann anzugeben, wenn Sie mit dem Partner z. B. aus ausländerrechtlichen Gründen noch nicht zusammenleben können.

### 3. Wie hoch sind die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz?

Die Leistungshöhe nach dem UVG richtet sich nach dem gesetzlichen Mindestunterhalt im Sinn des § 1612a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1, 2 oder 3 BGB. Er beträgt ab 01.01.2026 für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres 486 € monatlich (erste Altersstufe), für Kinder vom 7. bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres 558 € monatlich (zweite Altersstufe) und für Kinder vom 13. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres 653 € (dritte Altersstufe). Vom Mindestunterhalt in der jeweiligen Altersstufe wird grundsätzlich das für ein erstes Kind zu zahlende Kindergeld (derzeit monatlich 259 €) abgezogen.

Damit ergeben sich ab 01.01.2025 in der Regel folgende monatliche Leistungsbeträge nach dem UVG:

- in der **ersten Altersstufe** (Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres) **227 €**
- in der **zweiten Altersstufe** (Kinder vom 7. bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres) **299 €**
- in der **dritten Altersstufe** (Kinder vom 13. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres) **394 €**.

Auf diese Unterhaltsleistung werden **angerechnet**:

- eingehende Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils,
- Waisenbezüge, die das Kind nach dem Tod des anderen Elternteils bzw. des Stiefelternteils erhält,
- Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz bei Grundwehrdienst oder Zivildienst des Vaters des Kindes,
- Einkünfte des Vermögens und der Ertrag der zumutbaren Arbeit des Kindes, sofern keine allgemeinbildende Schule besucht wird.

Liegen die Anspruchsvoraussetzungen nur für einen Teil eines Monats vor, wird die Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz anteilig gezahlt. Unterhaltsleistungen von monatlich unter 5 € werden nicht gezahlt.

### 4. Für welchen Zeitraum werden die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gezahlt?

Der Unterhaltsvorschuss wird längstens bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs des Kindes gezahlt.

Die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz können auch rückwirkend für den Kalendermonat vor dem Monat der Antragstellung gezahlt werden, soweit die in Nr. 1 genannten Voraussetzungen bereits in dieser Zeit erfüllt waren **und** es nicht an zumutbaren Bemühungen des Kindes gefehlt hat, den unterhaltspflichtigen anderen Elternteil zu Unterhaltszahlungen zu veranlassen.

### 5. Was muss man tun, um die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz zu bekommen?

Die Leistungen werden nur auf **schriftlichen Antrag** gewährt. Der Antrag ist in der Regel nur schriftlich gestellt, wenn der eingereichte Antrag vom antragstellenden Elternteil eigenhändig unterschrieben oder eine elektronische Signatur vorhanden ist. Antragsberechtigt sind der alleinerziehende Elternteil oder der gesetzliche Vertreter des Kindes. Der Antrag ist bei der UV-Stelle (im Regelfall im Jugendamt), in dessen Bereich (Stadt oder Landkreis) der alleinerziehende Elternteil seinen Hauptwohnsitz hat, einzureichen.

### 6. Welche Unterlagen sollten Sie bei der Antragstellung unbedingt mitbringen? (soweit zutreffend - in Kopie)

- Geburtsurkunde des Kindes, Meldebestätigung/-registrauskunft des Alleinerziehenden und des Kindes,
- Personalausweis oder Reisepass; ausländische Staatsangehörige zusätzlich: gültiger Aufenthaltstitel,
- Vaterschaftsanerkennnis (Urkunde oder Urteil), Sorgerechtsentscheidung/-erklärung, Freistellungsvereinbarung,
- Scheidungsurteil oder Nachweis über den Trennungszeitpunkt (z.B. Bestätigung Ihres Rechtsanwalts),
- Unterhaltstitel (z.B. Urkunde, Gerichtsbeschluss) oder Nachweis der Antragszustellung auf Unterhaltsfestsetzung,
- (Mahn)Schreiben im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Unterhaltsforderungen des Kindes,
- Bewilligungs-/Einstellungsbescheide über Leistungen nach dem UVG anderer Unterhaltsvorschusskassen,
- ggf. Nachweise für die Unterbringung des anderen Elternteils für längere Zeit in einer Anstalt,
- ggf. Sterbeurkunde des unterhaltspflichtigen Elternteils und Nachweis über Waisenbezüge für das Kind,
- ggf. zuletzt bekanntgegebenen, vollständigen Bescheid des Jobcenters,
- ggf. Lohn- und Gehaltsbescheinigung des Arbeitgebers bzw. Einkunftsnachweise für sonstiges Einkommen des Kindes, wenn keine allgemeinbildende Schule besucht wird.

## 7. Datenschutzrechtliche Information

Kontoauszüge müssen grundsätzlich nicht als Nachweis eingereicht werden.

**Werden Kontoauszüge vorgelegt, dürfen bei Ausgaben (nicht jedoch bei Einnahmen) Verwendungszweck und Empfänger einer Überweisung (nicht aber deren Höhe) geschwärzt werden, wenn es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung) handelt.**

Dies sind Angaben über:

- die rassische und ethnische Herkunft,
- die politischen Meinungen
- die religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen
- die Gewerkschaftszugehörigkeit
- die genetischen Daten
- die biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person
- die Gesundheitsdaten
- die Daten zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung einer natürlichen Person.

Im Zusammenhang mit den geltenden Datenschutzbestimmungen aufgrund des Inkrafttretens der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und der Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) wird auf die Ausführungen zum Datenschutz im **Informationsblatt „Informationspflichten nach Art. 13 und 14 DSGVO“** verwiesen.

## 8. Welche Pflichten haben der alleinstehende Elternteil oder der gesetzliche Vertreter des Kindes, wenn sie Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz für das Kind beantragt haben oder erhalten?

Nach Antragstellung sind alle **Änderungen**, die für die Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz von Bedeutung sind, **unverzüglich der Unterhaltsvorschussstelle anzuzeigen**. Dies gilt **insbesondere, wenn**

- ➔ der alleinerziehende Elternteil heiratet (im In- und/oder Ausland), auch wenn der Ehegatte nicht der Elternteil des Kindes ist und auch wenn noch keine häusliche Gemeinschaft der Eheleute besteht,
- ➔ der alleinerziehende Elternteil mit dem anderen Elternteil zusammen zieht,
- ➔ der alleinerziehende Elternteil eine Lebenspartnerschaft im Ausland begründet
- ➔ das Kind nicht mehr oder nicht mehr im erforderlichen Umfang beim alleinerziehenden Elternteil lebt,
- ➔ das Kind oder der alleinerziehende Elternteil umzieht oder beide gemeinsam umziehen (auch ins Ausland),
- ➔ sich der Betreuungsumfang des Kindes durch den anderen Elternteil nicht nur geringfügig erhöht,
- ➔ ein weiteres gemeinsames Kind zum anderen Elternteil zieht,
- ➔ der Bedarf des Kindes durch Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gedeckt ist,
- ➔ die Vaterschaft zu dem Kind festgestellt ist,
- ➔ der andere Elternteil durch gerichtlichen/außergerichtlichen Vergleich von der Unterhaltspflicht freigestellt wird,
- ➔ der andere Elternteil Unterhalt für das Kind zahlt oder wenn Unterhalt für das Kind gepfändet wird,
- ➔ für das Kind ein Unterhaltstitel geschaffen wurde,
- ➔ der bisher unbekannt Aufenthalt des anderen Elternteils bekannt wird,
- ➔ der andere Elternteil den freiwilligen Wehrdienst ableisten wird,
- ➔ für das Kind Halbwaisenrente beantragt oder gewährt wird,
- ➔ der andere Elternteil oder das anspruchsberechtigte Kind verstorben ist,
- ➔ für das Kind kein Kindergeld mehr gezahlt wird,
- ➔ das Kind keine allgemeinbildende Schule mehr besucht,
- ➔ das Kind eine Berufsausbildung beginnt,
- ➔ das Kind keine allgemeinbildende Schule mehr besucht und Änderungen beim Einkommen und Vermögen des Kindes eintreten.

**Die vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung vorgenannter Anzeigepflichten stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann strafrechtlich verfolgt oder mit Bußgeld geahndet werden.**

**Rückzahlungspflichten ergeben sich aus Nr. 9.**

**9. In welchen Fällen muss die Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz zurückgezahlt werden?**

- Zu Unrecht gezahlte Leistungen nach dem UVG müssen ersetzt oder zurückgezahlt werden, wenn
- bei der Antragstellung vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben gemacht wurden **oder**
  - nach Antragstellung die Anzeigepflichten nach Nummer 8 verletzt worden sind **oder**
  - das Kind nach Antragstellung Einkommen erzielt, das bei der Berechnung der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz angerechnet werden müsste.

**Die Leistungen nach dem UVG sind insbesondere dann zu ersetzen, wenn im Rahmen der Antragstellung nicht alle als möglicher Vater in Betracht kommenden Personen benannt werden.**

**10. Wirken sich die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz auf andere Sozialleistungen aus?**

Die Leistungen nach dem UVG gehören zu den Einkünften, die den Lebensunterhalt des Kindes decken sollen. Sie werden deshalb z. B. bei der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) und auf das Bürgergeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) als Einkommen des Kindes angerechnet. Beim Kinderzuschlag nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes erfolgt eine teilweise Anrechnung auf den Leistungsbetrag.

**11. Übergang der Unterhaltsansprüche**

Werden einem Kind Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gezahlt, gehen in Höhe dieser Leistungen seine Unterhaltsansprüche gegen den anderen Elternteil und die Ansprüche auf entsprechende Waisenbezüge auf den Freistaat Bayern über. Der unterhaltspflichtige Elternteil wird zur Rückzahlung der vorschussweise gewährten Unterhaltsvorschussleistungen aufgefordert.

**12. Wer hilft, wenn das Kind weitergehende Unterhaltsansprüche hat?**

Wenn weitergehende Unterhaltsansprüche des Kindes gegen den anderen Elternteil geltend gemacht werden sollen, berät und unterstützt Sie das zuständige Jugendamt gerne.

## Informationspflichten nach Art. 13 und 14 DSGVO

### Geltende Datenschutzbestimmungen aufgrund des Inkrafttretens der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und der Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X)

#### Informationen zur Datenverarbeitung nach Art. 13 und 14 DSGVO

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt nur im notwendigen Umfang und im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DSGVO), des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschlüsse oder -ausfällleistungen (UVG) und des Sozialgesetzbuches.

Zuzüglich zu den folgenden Ausführungen sei auch verwiesen auf die Datenschutzerklärung des Landratsamtes Passau, zu finden unter <https://www.landkreis-passau.de/meta/datenschutzerklaerung/>

#### 1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Zuständig für den Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes im übertragenen Wirkungskreis sind die Jugendämter der kreisfreien Städte und Landkreise (Art. 62 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze). Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten bei der Durchführung des UVG (ohne Regressverfahren nach § 7 UVG) ist das Landratsamt Passau, Kreisjugendamt, Unterhaltsvorschussstelle, Passau Passauer Str. 39, 94121 Salzweg, [kreisjugendamt@landkreis-passau.de](mailto:kreisjugendamt@landkreis-passau.de) oder [info@landkreis-passau.de](mailto:info@landkreis-passau.de).

In Regressverfahren nach § 7 UVG ist als allgemeine Vertretungsbehörde für den Freistaat Bayern das Landesamt für Finanzen zuständig (§ 2 Absatz 8 der Verordnung über die gerichtliche Vertretung des Freistaates Bayern). Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten in Regressverfahren nach § 7 UVG ist das Landesamt für Finanzen.

Das Landesamt für Finanzen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

	Landesamt für Finanzen
	- Zentralabteilung -
<b>An-</b>	Rosenbachpalais
<b>schrift</b>	Residenzplatz 3
	97070 Würzburg
<b>Tele-</b>	0931 4504-6770
<b>fon</b>	
<b>E-Mail</b>	<a href="mailto:datenschutzanfrage@lff.bayern.de">datenschutzanfrage@lff.bayern.de</a>

#### 2. Datenschutzbeauftragte/r

Für den Bereich Durchführung des UVG (ohne Regressverfahren nach § 7 UVG):

Den zuständigen behördlichen Datenschutzbeauftragten/die zuständige Datenschutzbeauftragte können Sie unter der Postanschrift: Landratsamt Passau, Datenschutzbeauftragter, Domplatz 11, 94032 Passau, Telnr. 0851/397-771 oder unter folgender E-Mail-Adresse: [datenschutz@landkreis-passau.de](mailto:datenschutz@landkreis-passau.de) erreichen.

Für den Bereich Regressverfahren nach § 7 UVG:

Den zuständigen Datenschutzbeauftragten/die zuständige Datenschutzbeauftragte im Landesamt für Finanzen erreichen Sie unter der Postanschrift: Residenzplatz 3, 97070 Würzburg oder unter folgender

E-Mail-Adresse: [datenschutzbeauftragter@lff.bayern.de](mailto:datenschutzbeauftragter@lff.bayern.de). Weitere Informationen rund um das Thema Datenschutz sowie die Kommunikation über eine gesicherte Verbindung erhalten Sie unter folgender E-Mail-Adresse: <http://lff.bayern.de/datenschutz.aspx>.

### 3. Verarbeitungszwecke

Das Landratsamt Passau - Kreisjugendamt, Unterhaltsvorschussstelle – und das Landesamt für Finanzen verarbeiten im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit personenbezogene Daten von Ihnen zum Zwecke ihrer gesetzlichen Aufgabenerledigung nach dem UVG. Sie sind zur wirtschaftlichen Erbringung von Geldleistungen verpflichtet. Dies sind insbesondere die Gewährung von Unterhaltsvorschuss und die entsprechende Beratung. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch bei der Durchsetzung des auf das Land übergegangenen Unterhaltsanspruchs gegen den Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, sowie ggf. zur Bearbeitung von Erstattungsansprüchen anderer Sozialleistungsträger oder Rückforderungen von Unterhaltsvorschuss verarbeitet und ggf. zu Prüfzwecken durch den Bundesrechnungshof, die Landesrechnungshöfe.

#### **Beispiele für Erhebungs- und Übermittlungsanlässe beim Unterhaltsvorschuss**

- a) Antragsteller(in): Feststellung der Anspruchsvoraussetzungen (Wohnsitzermittlung, Klärung des Aufenthaltsstatus, Vaterschaftsklärung), Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs (wobei es ggf. auf die Verhältnisse beider Elternteile ankommt), anderer Sozialleistungsbezug, Rückforderung bei Überzahlung von Unterhaltsvorschuss
- b) Anderer Elternteil: Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs (Feststellung der Leistungsfähigkeit durch Einkommens- und Vermögensermittlung)
- c) Berechtigtes Kind: Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs, Feststellung anzurechnender Einkünfte (Schulbesuch, Einkommensermittlung)

### 4. Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Die Datenverarbeitung durch die Unterhaltsvorschussstelle im Kreisjugendamt am Landratsamt Passau und das Landesamt für Finanzen stützen sich auf Art. 6 Abs. 1 lit. c), Abs. 3 und Art. 9 Abs. 2f DSGVO i.V.m. § 68 Nr. 14 Erstes Buch Sozialgesetzbuch, § 67 Absatz 2 Satz 1, 67a ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, §§ 1, 2, 4 bis 7 UVG.

Bei weiteren Fragen zu Rechtsgrundlagen wenden Sie sich bitte an die Unterhaltsvorschuss-Stelle oder an das Landesamt für Finanzen.

### 5. Empfänger/innen oder Kategorien von Empfängern/innen

Die unter Ziffer 7 genannten Datenkategorien können zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung der Unterhaltsvorschussstelle und des Landesamtes für Finanzen an folgende Dritte übermittelt werden:

*Andere Sozialleistungsträger (z. Bsp. DRV, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Finanzämter, Gerichte, andere Dritte wie z. B. kommunale Ämter, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Finanzen, Bundesrechnungshof, Landesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, für den Bereich des Unterhaltsvorschuss zuständiges Landesministerium, ggf. Landesjugendamt, ggf. Landesverwaltungsamt, Insolvenzverwalter, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF), Ausländerbehörden, Auftragsverarbeiter (z. B. Scandienstleister, IT-Dienstleister), externe Forschungsinstitute (nur bei Forschungsanträgen, die durch*

*das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend genehmigt wurden), bei anderen Elternteilen: Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch an öffentliche Stellen übermittelt werden wie z. B. Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter.*

## 6. Speicherdauer

Für Daten zur Inanspruchnahme von Geldleistungen nach dem UVG besteht eine Speicherfrist von 10 Jahren nach Beendigung des Verfahrens zur Durchführung des UVG. Eine Beendigung des Verfahrens liegt vor, wenn keine Zahlung von Unterhaltsvorschuss mehr erfolgt, ein ggf. erforderliches Rückforderungsverfahren und die Rückgriffsbearbeitung beim Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, abgeschlossen wurde (Grenze: Verjährung /Verwirkung). Innerhalb der vorstehend genannten Frist besteht kein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Enthalten die Akten Entscheidungen über Stundung oder unbefristete Niederschlagung von Rückzahlungsverpflichtungen nach §§ 5 oder 7, sind sie grundsätzlich 30 Jahre aufzubewahren. Die Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die letzte Entscheidung über Stundung oder unbefristete Niederschlagung getroffen wurde.

## 7. Kategorien personenbezogener Daten

Folgende Datenkategorien werden von der Unterhaltsvorschussstelle im Kreisjugendamt am Landratsamt Passau und dem Landesamt für Finanzen verarbeitet:

### a) Stammdaten inkl. Kontaktdaten

Das sind:

*Aktenzeichen, Name und Vorname des berechtigten Kindes und beider Elternteile, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Telefonnummer (optional), E-Mail-Adresse (optional), Familienstand, Kin-schaftsverhältnis, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Renten-/Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung*

### b) Daten zur Leistungsgewährung und zum Rückgriff sowie ggf. zur Rückforderung

Das sind:

*Einkommensnachweise, Vermögensnachweise, Leistungszeitraum, -höhe, -art, Angaben zur Unterbringung und zu Betreuungszeiten des Kindes, Daten zu Unterhaltsansprüchen/ Regressansprüchen, Daten zu Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung, Daten zur Dauer und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses.*

## 8. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht, von Ihrer Unterhaltsvorschussstelle **Auskunft** darüber zu verlangen, welche personenbezogenen Daten von Ihnen verarbeitet werden (Art. 15 DSGVO).

Wenn Sie feststellen, dass zu Ihrer Person gespeicherte Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, können Sie nach Art. 16 DSGVO die unverzügliche **Berichtigung** oder Vervollständigung dieser Daten verlangen.

Sie haben das Recht auf **Löschung** Ihrer personenbezogenen Daten, wenn hierfür die Voraussetzungen des

Art. 17 DSGVO vorliegen. Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO in Verbindung mit § 84 Abs. 3 SGB X können Sie eine **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer Daten verlangen. Dies kommt z. B. dann in Betracht, wenn die Unterhaltsvorschussstelle und/oder das Landesamt für Finanzen die Daten nicht mehr länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen und eine Löschung der Daten Ihre schutzwürdigen Interessen beeinträchtigen würde.

## 9. Datenerhebung bei anderen Stellen

Die Unterhaltsvorschussstelle oder das Landesamt für Finanzen kann zum Zwecke ihrer gesetzlichen Aufgabenerledigung nach dem UVG gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c), Abs. 3 und Art. 9 DSGVO i.V.m. §§ 67a ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 6 Abs. 2, 5 und 6 UVG unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen oder Personen erheben. Dies können sein:

*Andere Sozialleistungsträger (z. Bsp. DRV, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Finanzämter, Gerichte, andere Dritte wie z. B. kommunale Ämter, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Finanzen, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerbehörden, bei anderen Elternteilen: Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Versicherungsunternehmen, Maßnahme- und Bildungsträger. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden wie z. B. Internet, Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter usw.*

## 10. Beschwerde

Im Hinblick auf mögliche Verletzungen Ihrer Freiheits- und Persönlichkeitsrechte durch die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können Sie bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz **Beschwerde** einlegen (Art. 15 des Bayerischen Datenschutzgesetzes).

Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

<b>Postanschrift</b>	Postfach 22 12 19 81541 München
<b>Adresse</b>	Wagmüllerstraße 18 80538 München
<b>Telefon</b>	089 21672-0
<b>E-Mail</b>	<a href="mailto:poststelle@datenschutz-bayern.de">poststelle@datenschutz-bayern.de</a>
<b>Internet</b>	<a href="https://www.datenschutz-bayern.de">https://www.datenschutz-bayern.de</a>